

Die SPD nach der Bundestagswahl 2017

Fedor Ruhose

Die SPD hat den Kampf gegen Angela Merkel und ihre CDU zum vierten Mal in Folge verloren. Das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik hat auch für krisenerprobte Sozialdemokraten eine neue Qualität. Die Partei muss sich mit den Ursachen für den kontinuierlichen Niedergang beschäftigen, mag sie noch eine Chance auf Wiederaufstieg bekommen.

Es war ein schwerer Wahlkampf. Trotz Unmut über die Kanzlerin waren ihre Reputation, die wirtschaftliche Lage zu gut und das internationale Umfeld zu unsicher. Notwendige Voraussetzungen für eine erfolgreiche SPD-Kampagne in einer solchen Situation wären langfristige Strategien und eine unterscheidbare Programmatik gewesen.

Daher startete Martin Schulz am 21. Januar 2017 mit einer schweren Hypothek. An diesem Tag wurde er überraschend zum SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten nominiert. Erneut wurde der Kanzlerkandidat ohne Vorbereitungszeit, Programm und passender Struktur ins Rennen geschickt.

Die Wahlschwierigkeiten der SPD

Schulz einte und eint die Partei wie kein anderer. Die 100 Prozent bei der Wahl als Parteivorsitzender kommen nicht von ungefähr. Martin Schulz war zu Beginn eine Projektionsfläche für viele, er bediente die Sehnsucht nach einer Alternative zu Merkel. Getragen von dieser Euphorie begannen die ersten Fehler. Das Abtauchen bis zur NRW-Wahl, die Konzentration auf kleine Termine während die Kanzlerin große Bilder produzierte. All dies ist oft beschrieben worden. Die fatale Wirkung sinkender Umfragen war diesmal gefühlt noch größer, weil der anfängliche Schulz-Effekt der SPD klar gezeigt hat: Mit überzeugendem Kandidaten und konsistentem Programm sind Werte über 30 Prozent auch gegen Merkel möglich. Insbesondere die verheerende Wahlniederlage der NRW-SPD war dann ein großer Mobilisierungsdämpfer.

Es gab auch Pannen wie die verunglückte Vorstellung des Wahlprogramms oder die Google-Anzeige, die Schulz zum Sieger des TV-Duells kürte, bevor es überhaupt begonnen hatte.

Das TV-Duell hat nicht die erhoffte Wende bringen können, da es aufgrund der geringen Unterscheidbarkeit eher als ein großkoalitionärer Auftritt gewirkt hat. Dem Wahlkampf der SPD wurde damit auf offener Bühne die Entscheidungsfrage weggenommen. Es gab keinen „Merkel muss weg“-Wahlkampf. Eine Entscheidungsfrage ist nicht 48 oder 43 Prozent Rentenniveau. Vor allem, wenn die eigene Basis 48 Prozent als zu gering ansieht.

Merhdeutige Botschaften

Die Signale passten ebenfalls nicht zusammen. Anfänglich grenzte Schulz sich und die SPD stark ab gegen die Agenda-Politik von Gerhard Schröder. In dem Eintrittshype zu Beginn des Jahres 2017 waren viele dabei, die den Weg zurück in die SPD genau deswegen gegangen sind. Dann lud man den Altkanzler auf den Parteitag in Dortmund ein.

Die SPD hatte auch diesmal keine Machtoption. Auch und gerade weil ein rot-rot-grünes Bündnis nach der Saarland-Wahl im Frühjahr nicht weiter verfolgt wurde. Am Ende ging es nicht um das Duell ums Kanzleramt. Es ging nicht darum, SPD zu wählen, um Merkel abzuwählen, sondern um die Frage, wer Platz 3 erhält: die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) oder die liberale FDP.

Die SPD hat es nicht geschafft, große Debatten im Wahlkampf auszulösen. Das lag nicht (nur) an Merkel, die in der Tat für eine Entpolitisierung des Wahlkampfs gesorgt hat. Das lag auch daran, dass SPD und CDU auf Bundesebene aktuell kaum unterscheidbar sind und die SPD zudem immer noch von ihrer Markenkernschmelze nach den Agenda-Reformen gezeichnet ist.

Die Partei muß sich erneuern

Martin Schulz hat gekämpft bis zum Schluss. Jetzt stehen er und die SPD vor dem steinigen Weg zurück zu einer schlagkräftigen Partei. Der Ausschluss der – auf Miniaturgröße geschrumpften – Großen Koalition war folgerichtig. Diese Konstellation hat auch in der Bevölkerung keinen Rückhalt mehr. Zudem dürfen die Rechtspopulisten von der AfD die Rolle der Oppositionsführerin nicht übernehmen.

Die SPD ist in ihrer Existenz bedroht. Der bange Blick ins europäische Umfeld muss Ansporn sein. Die spannenden politischen Debatten finden heute in anderen Milieus statt. Hinzu kommt, dass im Deutschland des Jahres 2017 die rechtspopulistische AfD den politischen Diskurs bestimmt.

In Ostdeutschland ist mit dem Wahlergebnis die politische Stabilität Deutschlands ins Rutschen geraten. Die SPD muss sich damit intensiv auseinandersetzen und Strukturen und Personen gezielt wieder aufbauen. Denn sonst bleibt die SPD das, was sie derzeit ist: eine Regionalpartei. Auch im Süden steht die SPD vor großen Problemen. In weiten Teilen Deutschlands ist die SPD kaum noch kampagnefähig.

Dabei ist die Luft eigentlich voller sozialdemokratischer Themen. Aber es fehlen die große Geschichte und die prägenden Gesichter. Daher braucht es jetzt einen längerfristigen Erneuerungsprozess. Die SPD muss sich neu denken, das geht nicht am Abend der verlorenen Wahl und das braucht Zeit. Sie muss sich einer selbstkritischen Analyse unterziehen, das bestehende Glaubwürdigkeitsproblem analysieren. 79 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler haben die SPD aufgrund starker Bindungen gewählt. Das scheint also der absolute harte Kern der sozialdemokratischen Wählerschaft zu sein. Die Sozialdemokraten haben seit Jahren den Anschluss zu relevanten Wählergruppen verloren. Dieses Wahlergebnis ist das letzte schlechte Ergebnis, welches der SPD noch erlaubt, sich zu erneuern. Dafür bedarf es eine zeitgemäße, europabezogene Variante wohlfahrtsstaatlicher Sozialdemokratie. Für eine erfolgreiche Zukunft gehört jetzt alles auf den Tisch: Inhalte und Personen, Organisation und Machtoptionen.

About the Author:

Fedor Ruhose is the Managing Director of the Head Office of the SPD parliamentary group in the Federal State Parliament of Rhineland-Palatinate and policy fellow at the think tank called 'Das Progressive Zentrum'.